

WDR

Der Intendant hört sich um

Das ist neu, das lädt ein. Erstmals lädt die WDR-Intendanz zu einer Umfrage auch die Freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein. Der Neue ist schuld – Tom Buhrow pflegt offensichtlich eine offene Kommunikationsstruktur und ist sich bewusst, welchen Wert die Freien für „seinen“ Sender darstellen. Er bringt die Liebe mit. Und ein wenig kommt auch bei den Freischaffenden an.

Ein neuer Stil, eine frische Stimmung, offen und gelöstere Diskussionen – und dann das wirkliche Bemühen, auch die

Sorgen, Nöte und Wünsche der Freien aufzunehmen. „Das ist eine super Idee“, freut sich drum auch ver.di-Personalrätin Anja Arp. Sie hofft, dass möglichst viele Freie auch an der Fragebogen-Aktion teilnehmen.

Der Fragebogen wurde speziell auf die Bedürfnisse der Freien ausgerichtet – es geht um Befürchtungen, die die Freien haben, um die Zufriedenheit mit den Redaktionen, um allgemeines Feedback und einiges mehr.

Petition zur KSK

Wo geht's hin mit der Künstlersozialkasse. Unternehmensvertreter fordern die Abschaffung, sehen sie doch die Existenz unter anderem von Kleinbetrieben bedroht. Denn auch die müssen Verwerter-Abgaben zahlen – aktuell knapp über 4 Prozent der gezahlten Honorare. Lässt sich also der Handwerker Anzeigen, Flyer und ähnliches texten und gestalten, dann sind die 4 Prozent Abgabe der Sargnagel für die Schreinerei. So klingt's auf jeden Fall. Doch leider ist es oft anders herum: Die Unternehmen „vergessen“ einfach das Bezahlen.

Hier fehlt es an kontinuierlichen Kontrollen. Und darum gibt es die Petition mit der Nummer 43188, gestartet im Juni und mit dem offiziellen Titel: „Sozialversicherung – Prüfung der Abgabepflicht zur Künstlersozialversicherung durch die Rentenversicherung“. Eingereicht wurde die Petition von Hans-Jürgen Werner, Justitiar des Deutschen Tonkünstler-Verbandes.

Für jeden, der die Unterzeichnung verpasst

hat, zuerst die erfreuliche Botschaft: Die Petition hat die Mindestzahl der notwendigen Unterschriften erreicht. Fast 71.000 zeichneten online, 50.000 hätten genügt. Ein guter Erfolg.

Jetzt geht's aber um mehr. Denn in der Petition wird deutlich gesagt, dass die Existenz der Künstlersozialkasse gefährdet ist. Unter anderem dadurch, dass sich immer wieder Verwerter der Zahlung entziehen. Zielsetzung der Petition ist es, eine stärkere Überprüfung von Unternehmen zu erreichen, durchgeführt von den Profis der Deutschen Rentenversicherung.

Eigentlich sollte dies schon lange geregelt sein. Doch ein bereits vorliegender Gesetzesentwurf wurde von den Koalitionsfraktionen der schwarz-liberalen Koalition abgelehnt – und darum erst gar nicht zur Abstimmung vorgeschlagen. Die Petenten fordern nun, diesen Gesetzesentwurf wieder herauszukramen und in der ursprünglichen Form zur Abstimmung vorzulegen. Denn, so steht's im Petitionstext, dies würde nicht nur die Existenz der Kasse sichern, sondern eben auch

Anja Arp: „Der Fragebogen lädt regelrecht zur Kritik ein.“

Die Freien sollten die Chance nutzen, offen und ehrlich, sachlich und konstruktiv das Papier digital oder klassisch auf Papier beantworten. Denn es geht auch darum zu signalisieren, dass man weiter gerne mit dem Sender arbeiten will und den neuen Schwung wahrnimmt. Davon können letztlich beide Seiten profitieren – und durch engagiertes Teilnehmen wird auf jeden Fall die Arbeit „unserer“ Freienvertreter im Sender gestärkt. Also: Mitmachen lohnt – denn wer die Liebe bringt, dem kann man zumindest den Fragebogen zurückgeben.

psch

potenzielle Steuermittel sparen, die von der Allgemeinheit aufgebracht zur Defizitabdeckung benötigt würden. Außerdem können sich alle ehrlichen Unternehmen letztlich auf eine fairere Verwertergebühr freuen, werden doch die Lasten gleichmäßig auf alle Nutzer verteilt.

Und so geht's weiter. Als nächstes wird sich der Petitions-Ausschuss des Bundestages mit dem Thema befassen. Dort sitzen leider keine Künstler und Kulturschaffenden, aber ein Großteil der Mitglieder stammt immerhin aus NRW. Unter www.bundestag.de und dann unter dem Navigationspunkt Ausschüsse – Petitionen findet sich die komplette Mitgliederliste. Wer also mal Kontakt aufnehmen will ...

Der Ausschuss formuliert dann eine Empfehlung, der Bundestag befasst sich anschließend damit. So kommt das Thema zumindest wieder in die Öffentlichkeit. Allerdings muss die Bundesregierung nicht der Empfehlung des Bundestages folgen. Mal schauen, wie dies nach den Wahlen am 22. September aussieht.

psch

Im Focus: Zukunft der Künstlersozialkasse

Die Künstlersozialkasse ist des Öfteren in der Kritik, stramme Wirtschaftsverbände fordern sogar hin und wieder deren Abschaffung. Dabei ist die KSK das zentrale Element der sozialen Absicherung von Medienschaffenden und Künstlern. Der Freibrief wollte darum wissen, wie es denn zumindest um das verbale Engagement der größeren Parteien steht – fünf Parteien (CDU, SPD, FDP, GRÜNE und LINKE) wurden angemalt, um Antwort gebeten und bei Bedarf nach einer Woche noch einmal erinnert. Eine Längenvorgabe gab es übrigens nicht, jeder konnte schreiben, was ihm oder ihr wichtig war.

Der Freibrief dokumentiert die Antworten ungekürzt, damit sich jeder seine Meinung bilden kann.

Frage 1

Die Künstlersozialkasse (KSK) ist seit 1983 die Pflichtversicherung für freiberufliche Journalisten und viele weitere Medienschaffende. Sie wurde damals gegründet, um der Verarmung gerade der Künstlerinnen und Künstler im Alter entgegenzuwirken. Nun wird immer wieder über eine Abschaffung der KSK diskutiert. Wie stehen Sie zur Zukunft der Künstlersozialkasse?

CDU:

CDU und CSU halten an der Künstlersozialversicherung als sozialer Errungenschaft uneingeschränkt fest. Viele selbstständige Künstler, freie Journalisten, Schriftsteller und Autoren leben in wirtschaftlich unsicheren Verhältnissen. Mit der Künstlersozialversicherung haben wir ein bewährtes Instrument, um freischaffenden Künstlern und Publizisten Zugang zur gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung zu ermöglichen. Durch die Schärfung des Publizistenbegriffs und die Neuregelung beim Arbeitslosengeld I haben wir den Versichertenkreis gerechter gestaltet und die soziale Absicherung von Kulturschaffenden mit befristeten Arbeitsverträgen deutlich verbessert.

FDP:

Die Künstlersozialversicherung ist eine der tragenden Säulen der sozialen Absicherung von selbstständigen Künstlerin-

nen und Künstlern sowie Publizistinnen und Publizisten. Die FDP hat dieses Instrument sozialer Sicherheit Anfang der achtziger Jahre mitbegründet und will es für die Zukunft erhalten und fortentwickeln. Wir wollen dafür sorgen, dass die Versicherungspflicht im Interesse der Künstler und Publizisten transparent und nachvollziehbar fortgesetzt wird.

SPD:

Die Künstlersozialversicherung ist eine Errungenschaft, zu der wir stehen. Schließlich haben wir sie vor gut 30 Jahren selber auf den Weg gebracht. Wir haben vor, die KSK zu stärken, um das Erfolgsmodell für die Zukunft zu sichern. Dazu haben wir uns auch ausdrücklich in unserem Regierungsprogramm für die Jahre 2013 bis 2017 bekannt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in der Künstlersozialkasse ein bewährtes Instrument, um auch die selbstständigen Kulturschaffenden in die bestehenden Sozialversicherungssysteme zu integrieren. Wir stehen zur Künstlersozialkasse und werden bei der von uns angestrebten Einführung der Bürgerversicherung die Prinzipien der Künstlersozialversicherung erhalten.

Eine funktionierende Künstlersozialkasse setzt Beitragsstabilität voraus. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wehren sich gegen die Versuche der Regierungskoalition, die Finanzierungsgrundlage der KSK zu schwächen. Dazu gehört es, den Kreis der Abgabepflichtigen besser zu erfassen und zu kontrollieren. Das ist günstig für die Künstlersozialkasse und auch gerecht denjenigen gegenüber, die ehrlich zahlen. Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Künstlersozialversicherung in ihren beitragsrechtlichen Grundzügen stark auf die besondere Arbeits- und Lebenssituation ihrer Mitglieder zugeschnitten ist. Diese Sonderstellung lässt sich historisch erklären. Die gesetzlichen Regelungen sind kompliziert. Das Recht und die Zuständigkeit sind zersplittert. Die Schwierigkeiten nehmen noch dadurch zu, dass Beschäftigungsformen immer fließender geworden sind und viele Kulturschaffende ihren beruflichen Status im Laufe des Lebens immer wieder wechseln: Mal sind

sie selbstständig, mal sind sie abhängig beschäftigt, mal beides zugleich.

Die Künstlersozialversicherung kann einen Teil dieser strukturellen Benachteiligungen abfedern und ist ein wichtiges Instrument für die soziale Absicherung und Integration von Künstlerinnen und Künstlern in die Sozialversicherungssysteme.

DIE LINKE:

DIE LINKE will die Künstlersozialkasse (KSK) erhalten und ausbauen. Sie ist eine der wesentlichen sozialpolitischen Errungenschaften, hat sich grundsätzlich bewährt und ist auch längerfristig aufrecht zu erhalten. Voraussetzung dafür ist, dass ihre Finanzierung gesichert wird. Die KSK steht hier vor wachsenden Problemen. Da immer mehr Künstlerinnen und Künstler freiberuflich tätig sind, wächst die Zahl derer, die Mitglied in der Künstlersozialkasse werden wollen stetig, d.h. dass auch der Finanzbedarf der KSK steigt. Die Einnahmen aus der Abgabe der Verwerter aber sind in den letzten Jahren gesunken. Damit gerät die Finanzierung in eine Schieflage.

Frage 2: Das Sozialversicherungssystem Deutschlands unterliegt einem ständigen Wandlungsdruck. Sehen Sie auch für die KSK Reformbedarf - und wenn ja, in welche Richtung sollten die Reformen gehen?

CDU:

Ziel muss es sein, alle abgabepflichtigen Unternehmen zur Künstlersozialabgabe heranzuziehen, so dass der Beitrag stabil bleiben kann. CDU und CSU sind sich darin einig, dass mittelbar zu Beginn der kommenden Legislaturperiode eine gesetzliche Präzisierung der Überprüfung der abgabepflichtigen Unternehmen durch die deutsche Rentenversicherung notwendig ist.

FDP:

Wir Liberalen wollen einen fairen Ausgleich zwischen Versicherten und Verwertern in der Künstlersozialversicherung. Um die Akzeptanz der Künstlersozialkasse zu erhöhen, müssen auch weitere Anstrengungen unternommen

werden, um den Kostendruck auf Künstler, Publizisten und Verwerter langfristig zu mindern. Wir wollen den Umfang der erhobenen Daten bei der Künstlersozialversicherung reduzieren und das Problem der fehlenden Rechtsformneutralität der betroffenen Unternehmen lösen. Um den Bürokratieaufwand einzugrenzen, sollen Kleinunternehmen von der Pflicht zur Künstlersozialabgabe befreit werden. Für die Befreiung soll an eine einfach nachvollziehbare Referenzgröße wie den Vorjahresumsatz oder die Anzahl der Beschäftigten des abgabepflichtigen Unternehmens angeknüpft werden. Größere Rechtssicherheit bei Künstlern, Publizisten wie Verwertern trägt zu einer zukunftsfesten Finanzierung der Künstlersozialkasse bei. Dadurch kann eine Erhöhung des Bundeszuschusses in Zukunft vermieden werden. Der Bundeszuschuss zur Künstlersozialversicherung ist ein Beitrag des Staates zur Künstler- und zur Kunstförderung und soll auch in Zukunft beibehalten werden.

SPD:

Wir stehen zu diesem Sondersystem der gesetzlichen Sozialversicherung, weil Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten nach wie vor besonders schutzbedürftig sind. Die solidarische Finanzierung der Künstlersozialversicherung durch Künstler und Unternehmen ist für die SPD nicht verhandelbar. Die SPD sieht darüber hinaus die Notwendigkeit einer besseren Absicherung von prekärer Selbstständigkeit, von der besonders viele in der Kulturwirtschaft Tätige betroffen sind.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Künstlersozialkasse ist eine Errungenschaft. Aus unserer Sicht gibt es allerdings erheblichen Reformbedarf, um die Künstlersozialversicherung an neuere Entwicklungen anzupassen und die Zahl der Gerichtsverfahren um die Zugehörigkeit zur KSK zu reduzieren. Dabei müs-

sen wir versuchen, klarere Regelungen zu finden.

Die Künstlersozialkasse ersetzt für die selbstständigen Kulturschaffenden den sozialversicherungszahlenden Arbeitgeber. Eine permanente Evaluierung und Anpassung an die sich rasant ändernden Arbeitsbedingungen und Vertragsverhältnisse in der Kultur- und Kreativwirtschaft ist wichtig für die angemessene Absicherung der Kreativen und die Akzeptanz der Künstlersozialkasse.

Eine funktionierende Künstlersozialkasse setzt Beitragsstabilität voraus. Die Verwerter tragen eine arbeitgeberähnliche Verantwortung für die von ihnen beauftragten selbstständigen Künstler und Publizisten. Inwiefern die angegebenen Beträge der Verwerter den Tatsachen entsprechen, muss überprüft werden. Eine solche Überprüfung war im Entwurf eines Gesetzes zur Neuorganisation der bundesunmittelbaren Unfallkassen, zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes und zur Änderung anderer Gesetze (BUK-NOG) vorgesehen. Die geplante Konkretisierung von §28p SGB IV sah vor, dass die Rentenversicherung alle Arbeitgeber turnusmäßig alle vier Jahre darauf hin überprüfen sollte, „ob diese ihre Meldepflichten nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz ordnungsgemäß erfüllen und die Künstlersozialabgabe rechtzeitig und vollständig entrichten.“ Die geplante Klarstellung wurde durch einen Änderungsantrag von CDU/CSU und FDP (17(11)1189) allerdings wieder aus dem BUK-NOG gestrichen. In der Begründung zu dieser Rücknahme hieß es: „die Stabilisierung des Künstlersozialabgabensatzes [könne] auf Grundlage des derzeit geltenden Rechts erreicht werden“. Damit liegt die Entscheidung darüber, welche Arbeitgeber wann geprüft werden, wieder komplett bei den Trägern der Rentenversicherung. Wir kritisieren diese Entscheidung sowohl im Hinblick auf die Belange der Versicherten als auch derjenigen

Verwerter, die die Künstlersozialabgabe bereits zahlen.

DIE LINKE:

Es ist dringend notwendig, dass alle Verwerter künstlerischer und publizistischer Leistungen ihrer Verpflichtung zur Zahlung der Künstlersozialabgabe nachkommen. Die Entrichtung der Künstlersozialabgabe soll deshalb künftig intensiver im Rahmen einer effizienten einheitlichen Prüfung aller Arbeitgeber durch die Deutsche Rentenversicherung geprüft werden. Dazu befindet sich der Entwurf eines Gesetzes zur Neuorganisation der bundesunmittelbaren Unfallkassen, zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes und zur Änderung anderer Gesetze - BUK-NOG (BT-Drs. 17/12297) im parlamentarischen Verfahren, dessen Verabschiedung und Umsetzung wir in diesem Punkte unterstützen. Sollte sich trotz intensiver Überprüfung der Verwerter herausstellen, dass die finanziellen Probleme auf diese Weise nicht zu lösen sind, ist über weitere Schritte wie die Erhöhung des Bundeszuschusses zur Künstlersozialversicherung nachzudenken. DIE LINKE tritt dafür ein, dass der Bundeszuschuss von derzeit 20 auf 25 Prozent erhöht wird.

Ein anderes Problem ist der Zugang zur KSK. Für die Weiterentwicklung der Künstlersozialkasse ist uns besonders wichtig, dass am offenen Kunstbegriff festgehalten und der vorhandene Spielraum zur Aufnahme neu entstandener Berufsgruppen im künstlerischen und kulturellen Bereich in die KSK weitestmöglich ausgeschöpft wird. Darüber hinaus müssen Lösungen für die kurzzeitig, unständig und in wechselnden Erwerbsformen Tätigen sowie für die wachsende Zahl von Selbständigen und Freiberuflern in anderen Berufsfeldern gefunden werden. Die bestehenden Sozialsysteme müssen für diese Gruppen geöffnet und entsprechend ihres spezifischen Bedarfs weiterentwickelt werden.

psch

Impressum:

Der „Freibrief“ ist eine Zeitschrift für freiberufliche Mitglieder der ver.di Fachgruppe Medien in NRW. Er ist online abrufbar unter www.verdi-freibrief.de. Gedruckte Exemplare zur Auslage können bestellt werden.

Christof Büttner (v.i.S.d.P.) c/o Landesbezirk NRW Fachbereich Medien, Kunst & Kultur, Karlstraße 123 - 127, 40210 Düsseldorf, Telefon: 0211/61824-332, Email: christof.buettner@verdi-freibrief.de

Redaktion: Peter Schmidt, Hömelstr. 12, 51643 Gummersbach, T: 02261 78369, E: schmidt@schmidt-schreibt.de

Wir freuen uns über Anregungen, Beiträge und Terminhinweise. Schließlich ist der Freibrief von Freien für Freie gemacht.

Nichts für „schwierige Fälle“

Die Prüferinnen und Prüfer der Künstlersozialkasse lieben klare Fälle. Wer aber im Journalismus immer knapperes Auskommen findet, demjenigen (oder derjenigen) droht die soziale Schieflage. Allein der Gesetzgeber könnte helfen – doch die Parteien scheinen sich kaum für die Künstler und deren Versicherung zu interessieren (s. Beitrag auf Seite 1)

Es hat die Schlagzeilen beherrscht – und es wird sie wohl weiter beherrschen. Unsere Medienorgane berichten von Redaktionsschließungen, von Journalisten, die sich neue Arbeit suchen müssen. Viele von ihnen können und wollen vom Journalismus nicht lassen. Das ist auch gut so, ist der Journalismus doch ein Beruf, der Überzeugungs-täter braucht.

Aber in solchen Situationen droht das Versicherungs-Chaos – und eventuell der Verlust der Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse. Wer sich parallel eine versicherungspflichtige angestellte Tätigkeit sucht, der bleibt zumindest im System der gesetzlichen Versicherung. Denn dann wird geprüft, ob die Versicherungspflicht für das gesamte gesetzliche Versicherungssystem (Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung) über die neue Arbeit oder die künstlerische Tätigkeit abgesichert wird. Mensch bleibt im System, vielleicht rutscht die Krankenversicherung (komplett) und die Rentenversicherung (für den Teil der angestellten Tätigkeit) neu in den Bereich der angestellten Tätigkeit, die KSK ist dann nur noch für den zweiten Teil der Rentenversicherung zuständig. Soweit, so gut – und soweit auch klar geklärt.

Doch nicht jeder Freie Journalist, nicht jede Freie Journalistin kann ins abgesicherte Nest der zumindest teilweisen Festanstellung hüpfen. Oder es ist einfach nicht gewünscht. Freie können ihr Leben ganz gut mit weiteren überlebenssichernden freien Tätigkeiten ganz gut ergänzen. Da ist der selbstständige Taxifahrer (ganz klassisch), oder

moderner mit der Fahrrad-Rikscha. Und keiner möge schmunzeln und behaupten: Na, wie kann man als Journalist oder Journalistin nur – einen Laden aufmachen, nebenbei ein Gewerbe begründen. Not macht erfinderisch. Und viele haben gelernt: Auf zwei oder drei Beinen mag mensch sicherer durchs Leben kommen, auch wenn man sich weiter als Journalist oder Journalistin fühlt und das Haupteinkommen darüber erzielt. Selbst der Handel per eBay mit altem Blechspielzeug oder begehrten Bierdeckeln ist ein selbstständiges Einkommen.

Wer auf diesem Wege mehr als 450 Euro im Monat als Gewinn erlöst, der wird bei einer Prüfung durch die Künstlersozialkasse herausgefiltert. Denn dann, so definiert es die Künstlersozialkasse, ist man nicht mehr hauptberuflicher Journalist. Also muss mensch sich eine neue Krankenversicherung suchen – und dies ist dann entweder die freiwillige Weiterversicherung bei der bisherigen für einen wahrscheinlich wesentlich höheren Beitrag. Oder mensch wechselt in die private Versicherung, zahlt ebenfalls richtig hohe Beiträge und fällt aus dem sozialen Netz der sozialen Versicherung heraus.

Übrigens: Als nicht journalistisches Einkommen aus freiberuflicher Tätigkeit zählt für die Künstlersozialkasse auch beispielsweise die Einnahme als Übungsleiter beim Fußballclub, beim Schwimmverein oder auch beim Christlichen Verein junger Menschen. Oder die ehrenamtliche Aufwandschädigung beim Naturschutzclub, beim sozialen Verein vor Ort oder anderes.

Zum Vergleich: Auch für die Landwirte gibt es – ähnlich der Künstlersozialkasse – eine eigenständige, spezielle Sozialversicherung. Auch dort schlägt man sich mit Landwirten im Hauptberuf und im Nebenerwerb herum. Und hat eine klare Regelung gefunden: Der größte Teil des Einkommens gilt, also bleiben Landwirte solange in der eigenen Sozialkasse, solange sie dort den Großteil des Einkommens erwirtschaften. Eine klare Sache ist das. Ansonsten kommen sie nicht in die Kasse – verdienen sie also ein Drittel als Bauer und zwei

Drittel als Künstler, müssten Sie nach Logik der Landwirtschaft in die künstlerische Kasse. Kommen sie aber nicht rein, denn sie verdienen eben über 450 Euro in der Landwirtschaft. So wird man der Privaten Versicherung in die Arme geschubst.

Meine Meinung:

Das System der Künstlersozialkasse ist weiterhin der Garant gegen Altersarmut und soziale Not von Künstlerinnen und Künstlern. Aber es muss dem sich wandelnden Umfeld angepasst werden. Immer mehr Medienschaffende können von ihrer künstlerischen Tätigkeit nicht mehr leben, eröffnen einen Weinladen, geben Unterricht, tun einfach freiberufliche nichtkünstlerische Tätigkeit, um ein Zusatzkommen zu erzielen. Das darf nicht dazu führen, dass die Künstlersozialkasse diese Kolleginnen und Kollegen herauschmeißen muss, wenn sie auffallen. Eine Modernisierung des Künstlersozialversicherungsgesetzes ist mehr als dringlich notwendig. Doch die wahlkämpfenden Parteien interessieren sich für die Versicherung der Medienschaffenden viel zu wenig, sie nehmen die soziale Not von Kolleginnen und Kollegen billigend in Kauf. Schade, aber dies scheint keine Frage des politischen Lagers zu sein. Die kleinen Parteien FDP und GRÜNE haben zumindest ein offenes Ohr. Die Linken schreien zwar nach dem Mindestlohn auf den Plakaten, bei der SPD entscheidet das Wir und bei der CDU sollen wir Frau Merkel vertrauen. Doch zum Thema Künstlersozialkasse äußert sich keine dieser drei Parteien. Schade eigentlich. Dabei muss sich Sozialversicherung unbedingt modernen Zeiten anpassen.

psch

In eigener Sache

Künftig wird sich der Freibrief des Öfteren mit Schwerpunktthemen in einer Ausgabe beschäftigen. Sozialversicherung ist das Kernthema dieser Ausgabe – und auch ein Blick in die Positionen der Parteien zum Thema. Weitere Basisinformationen zur KSK gibt es unter www.verdi-freibrief.de/KSK.

Wer auf verdi-freibrief.de nachschaut, findet mehr als nur den aktuellen Freibrief und interessante Meldungen online. Eingerichtet ist jetzt auch ein Shop. Darin unter anderen:

Tipps für Selbstständige – Soziale Sicherung und wenn das Geld nicht reicht.

Diese DGB-Broschüre ist zwar nicht speziell für Medienschaffende formuliert, gibt aber zahlreiche auch grundlegende Informationen. Da geht's um Gründungszuschüsse und Minijobs, die Möglichkeiten von Hartz IV auch für Selbstständige und – klar doch – um den großen Bereich der Sozialversicherung. Ein Büchlein, aus dem jeder das für sich passende herausaugen kann.

psch

Termin-Tipp:

Frag doch den Programmdirektor ...

Eine tolle Idee der Journalistengewerkschaften beim Deutschlandradio. Sie haben Programmdirektor Andreas Peter Weber zur Diskussion geladen. Es geht um die Themen, die die Freien brennend interessieren: Wo steht das Deutschlandradio in der sich rasant ändernden Medienlandschaft, welche Perspektiven bietet dies den Freien.

Das Treffen mit dem Programmdirektor - nur für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - findet statt am **Montag, den 7. Oktober 2013 um 18:30 Uhr** im Saal Alteburger Biergarten, Alteburger Str. 139, 50968 Köln Moderiert wird dies von: Thomas Hackenberg, freier Journalist. Bitte Anmeldung per Email an freientreffen@klick-koeln.de.

Bitte gebt dabei an, ob Ihr Mitglied in verdi (dju) oder im DJV seid! Selbstverständlich sind auch freie Kolleginnen und Kollegen herzlich willkommen, die noch nicht Mitglied sind.

psch